



Unterrichtung 20/106

der Landesregierung

Einbringung Bundesrat „Deutschland steht fest an der Seite Israels“

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag gemäß § 7 Abs. 2 Parlamentsinformationsgesetz.

Federführend ist der Ministerpräsident

Zuständige Ausschüsse: Innen- und Rechtsausschuss, Europaausschuss

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

An die
Präsidentin des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Kristina Herbst
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

17. Oktober 2023

Sehr geehrte Frau Präsidentin, *liebe Kristine,*

das Kabinett hat am 17. Oktober 2023 beschlossen, die Entschließung

„Deutschland steht fest an der Seite Israels“

gemeinsam mit den Ländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg in das Bundesratsverfahren einzubringen. Anliegend übersende ich Ihnen die entsprechende Bundesratsdrucksache zur Unterrichtung gem. § 7 Abs. 2 Parlamentsinformationsgesetz (PIG).

Federführend zuständig ist der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein.

Mit freundlichen Grüßen


Daniel Günther

Antrag

der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg

Entschließung des Bundesrates „Deutschland steht fest an der Seite Israels“

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat hat mit großer Betroffenheit und Bestürzung die Berichte über den brutalen Angriff auf Israel aufgenommen. Der Angriff bedeutet eine tiefe Zäsur für den Nahen Osten. Deutschland trauert um die Toten und ist in Gedanken bei den Familien der Opfer und der Entführten. Unsere unverrückbare Solidarität und Unterstützung gilt unserem Partner und Freund Israel und seinen Menschen. Israel hat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich gegen Terror zu verteidigen. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.
2. Mehrere tausend Raketen und mehrere hundert terroristische Angreifer hatten bisher nur ein Ziel: möglichst viele unschuldige Menschen zu töten oder zu verschleppen, darunter auch deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Bereits in den ersten Tagen ist eine große Anzahl Menschen in Israel ums Leben gekommen. Der Bundesrat verurteilt den Angriff als Akt der Barbarei und des Terrors auf das Schärfste. Er sichert Israel seine politische und humanitäre Unterstützung zu. Die Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen werden in diesem Kontext ebenfalls erhöht. Das Bejubeln und Propagieren von Hamas-Terror auf deutschen Straßen, Schulhöfen oder sonstigen Räumen und Einrichtungen ist nicht hinnehmbar und wird konsequent verfolgt und geahndet. Antisemitismus und Israelfeindlichkeit haben in Deutschland keinen Platz.
3. Der Bundesrat ruft dazu auf, sofort und umgehend die Angriffe auf Israel zu stoppen und die verschleppten Geiseln freizulassen.
4. Die Europäische Union ist den Werten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet. Europäische Außen- und Sicherheitspolitik ist deshalb immer auch

eine Politik des Friedens, der Stabilität und der weltweiten Durchsetzung von Menschenrechten. Der Bundesrat unterstützt die Bundesregierung, sich gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnern für eine schnelle und friedliche Lösung einzusetzen. Er betont, dass die Freiheit und Demokratie in Israel, der Ukraine und überall dort, wo diese Werte in Gefahr sind, geschützt und gesichert werden müssen.